



Mag. Christian Neuwirth
Sprecher des Rechnungshofes
1031 Wien, Dampfschiffstraße 2
Tel.: +43 (1) 711 71 – 8435

Twitter: @RHSprecher
Facebook/RechnungshofAT
neuwirth@rechnungshof.gv.at



Rechnungshof
Österreich



Unabhängig und objektiv für Sie.

Massiver Kostenanstieg im KH Nord: Fehlendes Know-how und mehr als drei Jahre Verzögerung bei Fertigstellung

„Die wichtigste Lehre ist: Wenn der Bund, ein Land, oder eine Gemeinde baut, dann ist der Auftraggeber stets gefordert. Denn es geht um hohe Kosten“, so Rechnungshof-Präsidentin Margit Kraker zu dem am Freitag veröffentlichten Rechnungshof-Bericht *„Stadt Wien – Projekt Neubau Krankenhaus Nord“*. „Jeder, der privat ein Haus errichtet, weiß: ich muss selbst dahinter sein. Ein komplexer Spitalsbau erfordert ein besonders kompetentes und genaues Projektmanagement“, erklärte die Rechnungshof-Präsidentin.

Dem Krankenanstalten-Verbund (KAV), das zeigt der Bericht auf, fehlte es jedoch an Know-how und an Ressourcen, um ein Projekt in der Dimension des Krankenhauses Nord abzuwickeln. Fehlende, späte und falsche Entscheidungen verzögerten das Bauvorhaben und ließen die Kosten massiv steigen.

Kostenziel 2017 bei 1,405 Milliarden Euro

Eine erste vage Schätzung des KAV der Gesamtkosten für das Krankenhaus Nord 2007 auf Basis eines Kostenvergleichs mit dem Landeskrankenhaus Klagenfurt ergab 350 Millionen Euro. Im Zuge der weiteren Realisierung des Krankenhauses Nord gestalteten die Projektbeteiligten die Kostenplanungen detaillierter und konkreter.

Das 2010 vom KAV festgelegte Kostenziel (824,92 Millionen Euro, Preisbasis Dezember 2008) betrug mit Preisbasis Dezember 2018 rund 1,017 Milliarden Euro. Aufgrund der Bauablaufstörungen, der nicht ausschreibungsreifen Planung und der geänderten Leistungen lag die mögliche Abweichung zum Kostenziel Mitte 2017 zwischen rund 272,47 Millionen Euro und rund 387,87 Millionen Euro (27 % bis 38 %). Sollte der KAV seine Bauherrenrolle weiterhin ungenügend wahrnehmen, werden die Errichtungskosten das Limit der oberen Bandbreite (1,405 Milliarden Euro) überschreiten, so der Bericht.

Fast vier Jahre Zeitverlust bei Ausschreibung für Totalunternehmer

Entgegen der Empfehlung eines Gutachters hatte sich der KAV im Mai 2006 entschieden, alle Leistungen für das Krankenhaus Nord (Grundstücksbeistellung, Finanzierung, Planung samt Architekturwettbewerb, Errichtung, Bereitstellung und allgemeiner Betrieb) als Public-Private-Partnership-Modell an einen Totalunternehmer zu vergeben. Die auch im internationalen Vergleich bei PPP-Modellen untypische Verknüpfung mit der Grundstücksbereitstellung schränkte den Wettbewerb erheblich ein. Letztlich blieb nur ein Bewerber übrig, der KAV widerrief seine Ausschreibung. Drei Jahre und elf Monate waren verstrichen. Der letzte im Verfahren verbliebene Bewerber bot mit seinem Realisierungskonzept dem KAV die Kaufoption für ein 122.000 m² großes Grundstück im 21. Wiener Gemeindebezirk an. Der KAV nutzte die Option und zahlte einen Kaufpreis von rd. 292 Euro/m² Grundfläche - am oberen Ende einer vom Rechnungshof ermittelten möglichen Bandbreite von 228 Euro bis 295 Euro/m².

Kostentreiber: Neue Vergabestrategie, mehrere Planer statt ein Generalplaner, „Selbstkoordination“ der Unternehmer und 70 Prozent höhere Kosten für Honorare

Durch den Widerruf des Vergabeverfahrens musste der KAV eine neue Vergabestrategie für sämtliche Leistungen festlegen: 42 Vergabeverfahren für Bauwerksleistungen bzw. insgesamt 250 Vergabeverfahren für sämtliche Leistungen. Dem KAV gelang es nicht, die hohe Anzahl von Auftragnehmern zu koordinieren. Es entstanden – u.a. aus den schlagend gewordenen Risiken der Koordination der Gewerke und der Vielzahl an Schnittstellen – Mehrkosten von 203,93 Millionen Euro. Der Rechnungshof kritisiert, dass sich der KAV beim Kostenmanagement fast ausschließlich auf die Expertise Dritter verlassen hat, anstatt dieses aktiv zu gestalten.

Die Kosten- und Terminüberschreitungen bei der Bauausführung ließen schließlich auch die Honorare für externe Auftragnehmer (z.B. Projektleitung und -steuerung, Örtliche Bauaufsicht, Rechtsberatung, Gutachten) in die Höhe schnellen. Diese Kosten stiegen um 70 Prozent, von rd. 128,13 Millionen Euro (Preisbasis 12/2008) auf rd. 217,97 Millionen Euro (Kostenprognose 09/2016).

Die Beauftragung mehrerer Planer anstatt eines Generalplaners einerseits, die Ausschreibungen auf Basis einer nicht ausgereiften Planung und der nach den bisherigen Prüfungserfahrungen des Rechnungshofes unübliche Versuch, die Koordination der Werks- und Montageplanung an die ausführenden Unternehmen in Form einer Selbstkoordination zu überlassen, begünstigten Störungen im Projektablauf.

Eindringendes Regenwasser, Schimmel, Abriss von neu errichteten Stützen, brandschutzuntaugliche Dosen in Brandschutzwänden

- Mit 28. Juli 2016 hatte die Örtliche Bauaufsicht 8.163 Baumängel erfasst, die von den Schwächen der vom KAV eingerichteten Projektorganisation zeugten.
- Bevor die Fassade fertiggestellt war, wurde mit dem Innenausbau begonnen - um die Termine einhalten zu können. Ab August 2014 führte eindringendes Niederschlagswasser zu erheblichen Feuchte- und Schimmelschäden. Zusatzkosten: 1,23 Millionen Euro. Die Projektbeteiligten, u.a. der KAV, widmeten der provisorischen Gebäudedichtheit zu wenig Aufmerksamkeit.
- Der Prüfstatiker erkannte nicht alle Fehler des vom KAV beauftragten statisch-konstruktiven Planers. Die fehlerhaften Pläne wurden freigegeben, bereits betonierte Wände wurden teilweise wieder abgebrochen oder saniert.
- Im Zuge der Fassadenarbeiten zeigte sich: Stützen wurden mit bis zu 17 cm Abweichung von der geplanten Position errichtet. Neun Stützen mussten abgebrochen und neu errichtet werden. Kostenpunkt: 1,27 Millionen Euro.
- Schwerwiegende Mängel stellte die begleitende Kontrolle fest: mangelhafte Korrosionsschutzbeschichtungen von Rohrleitungen, überbelegte Elektro-Kabeltassen, brandschutztechnisch ungeeignete Elektrohohlraum Dosen in Brandschutzwänden.

Vollbetrieb ursprünglich für 2016 geplant - Baustopp wäre sinnvoll gewesen

Eine rechtzeitige Bauunterbrechung wäre sinnvoll gewesen. Sie hätte genutzt werden können, um die Mängel in der Planung zu verbessern. Planungsdefizite und Störungen verlängerten die Bauzeit um drei Jahre. Ursprünglich hätte das Krankenhaus 2016 in Vollbetrieb gehen sollen. Durch die Verzögerungen entgingen dem KAV jährlich rund 30,96 Millionen Euro an Einsparungen und Mehreinnahmen.

Zinsmehraufwand: 30,14 Millionen Euro – viel zu wenig Skonto einbehalten

Die im Dezember 2010 noch ausstehende Kredittranche bei der Europäischen Investitionsbank von 225 Millionen Euro rief die Stadt Wien frühzeitig ab. Sie akzeptierte somit bewusst eine zu hohe Liquidität und verursachte einen Zinsmehraufwand von zumindest 30,14 Millionen Euro.

Anstatt Zahlungsbedingungen wirtschaftlich, zweckmäßig und einheitlich zu regeln, akzeptierte der KAV bei den Honoraren die Zahlungskonditionen der Anbieter. Für die Gesamtsumme von 701,96 Millionen Euro behielt der KAV nur Skonti in der Höhe von 6.300 Euro ein, obwohl der maximale Betrag bei 21,06 Millionen Euro gelegen wäre.

Aus Regressforderungen gegenüber Auftragnehmern und Versicherungen erwartet der KAV ab 2021 Einnahmen in der Höhe von 200 Millionen Euro. Dass diese Forderungen in voller Höhe lukriert werden können, bezweifelt der Rechnungshof.

Rechnungshof-Präsidentin Margit Kraker: „Erfreulich ist: Die Politik hat schon während der laufenden Prüfung des Rechnungshofes reagiert und Maßnahmen eingeleitet. Unerfreulich ist, dass es so weit gekommen ist.“